

Übersichten

Außenpolitik

* (1)

"Normalisierung" der chinesisch-vietnamesischen Beziehungen

Vom 9. bis 12. September besuchte der neue vietnamesische Außenminister Nguyen Manh Cam die VR China. Dabei wurde ein Normalisierungskommuniqué unterzeichnet, aus dem hervorgeht, daß Vietnam die alte Vormachtrolle Chinas in Asien wieder anerkennt. Damit wäre der erste Schritt zu einer Lösung aller sonstigen noch anstehenden Fragen zwischen den beiden so lange verfeindeten Nachbarstaaten geschaffen. Nähere Ausführungen finden sich im einschlägigen Thema des vorliegenden Heftes. -we-

* (2)

Bald diplomatische Beziehungen mit Brunei?

Nachdem China mit Indonesien am 3. Juli 1990 wieder diplomatische Beziehungen aufgenommen hatte (dazu ausführlich C.a., Juli 1990, S.528 f.), und nachdem es im Anschluß daran auch sogleich zur Aufnahme offizieller Beziehungen mit Singapur gekommen war (dazu C.a., Oktober 1990, Ü 3; Kommuniqué ebenda, S.788), hatte sich das Verhältnis Beijings zur Sechsergemeinschaft der ASEAN - fast - normalisiert. Es fehlte jetzt nur noch Brunei.

Am 11.9.1991 kam Datu Lim Jock Seng, der Ständige Sekretär des bruneiischen Außenministeriums, zu einem Besuch nach Beijing und führte dort auch Gespräche mit Außenminister Qian Qichen.

Lim überreichte im Auftrag der Regierung von Brunei der chinesischen Regierung einen Scheck in Höhe von

50.000 US\$ für die chinesischen Überschwemmungsgebiete - nicht gerade eine Riesensumme für einen Staat, der - nach BSP pro Kopf gemessen - der reichste der Welt ist!

Im übrigen erklärten beide Seiten ihre Absicht, bald diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Da Brunei keine diplomatischen Beziehungen mit Taiwan hat, gibt es auch keine Schwierigkeiten mit der "Zwei-China-Frage".

Beide Seiten erklärten auch, daß es zwischen ihnen keinerlei Probleme gebe (XNA, 13.4.91). -we-

* (3)

China erklärt sich "grundsätzlich" zur Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags bereit

Am 12. August erklärte der chinesische Außenminister Qian Qichen in Gegenwart seines japanischen Amtskollegen Taro Nakayama zum zweiten Mal (nach der ersten Erklärung vom 10.8.), daß die VR China bereit sei, den Vertrag zur Nichtweitergabe von Nuklearwaffen zu unterzeichnen.

Qian bekundete seinem Gesprächspartner das chinesische Verständnis für die japanische Besorgnis über die Frage der Nuklearwaffen, weil Japan bisher das einzige Land sei, dem durch Nuklearwaffen unmittelbar Schaden zugefügt worden sei. Qian betonte vier chinesische Prinzipien:

- Die VR China sei für ein umfassendes Verbot und damit für die Vernichtung nuklearer Waffen.
- China besitze eine begrenzte Anzahl nuklearer Waffen, die allein der Selbstverteidigung dienen.
- China werde niemals der erste sein, der Nuklearwaffen anwende, und es werde auch niemals Nuklearwaffen gegen atomwaffenfreie Staaten einsetzen.
- China sei nicht zuletzt auch gegen die Verbreitung nuklearer Waffen (XNA, 12.8.91).

Seit China sich 1964 mit einem Atom-pilz über der Wüste Lop Nor als Nuklearmacht vorstellte, hat sich sein strategisches Potential auf vielfache Weise erweitert. Die Volksrepublik besitzt A- und H-Bomben sowie Trägerraketen aller drei Reichweiten. 1983 stellte sie ferner ihr erstes mit Nuklearraketen bestücktes U-Boot in Dienst.

Doch es gab auch viele Schwächen: So fehlte es beispielsweise an ausreichenden Raketenstückzahlen, an sicherer Lagerung des Potentials, an strategisch einsetzbaren Flugzeugen und vor allem an einem brauchbaren Fernaufklärungs- und Koordinierungssystem. War der langjährige Hauptfeind, die UdSSR, hier nicht in jeder Hinsicht hoffnungslos überlegen? Zwar glaubte man im Bereich der "Panzerrollbahn" Mandchurei einen sowjetischen Angriff mit Hilfe von Nuklearevorhängen und Milizteppichen abfangen zu können; was aber sollte geschehen, wenn der Feind von der See her angriff?

Bedenken dieser Art, die im chinesischen Generalstab jahrelang hatten Sorgenfalten aufkommen lassen, haben sich seit der sino-sowjetischen Aussöhnung i.J. 1989 und dem Niedergang der Sowjetmacht verflüchtigt. Der "VBA" ist damit allen Ernstes der Gegner abhandeln gekommen, zumal China am 10.8.1991 auch noch ein Renormalisierungsabkommen mit Vietnam, dem einstigen Hauptverbündeten Moskaus in Asien unter Dach und Fach bringen konnte.

Die Abrüstungsvorstellungen Beijings haben sich den Entwicklungen der Weltpolitik angepaßt. Besonders deutlich wird dies, wenn man zum Vergleich den Zeitraum eines Vierteljahrhunderts heranzieht und die Vorschläge aus dem Jahr 1965 denen von 1990 gegenüberstellt. Es ergeben sich dann erstaunliche Verschiebungen, aber auch einige Konstanten:

- Erhob das maoistische China noch Maximalforderungen (z.B. die Totalzerstörung aller Atomwaffen, Totalverbot von Nukleartests und Gipfelkonferenz aller Länder der Welt), so wurde jetzt nur noch Teilabrüstung und schrittweises Vorgehen verlangt.

Hielt Mao Zedong den Nuklearkrieg für unvermeidbar, da die Atombombe ja den Charakter des Kriegs als einer permanenten Klassenauseinandersetzung keineswegs beseitigt habe, so wollten die Nachfolger nur noch auf

die "geistige Atombombe" ihres Gesellschaftsmodells setzen, das in der Zwischenzeit freilich jegliche Attraktivität verloren hat. Längst auch wurde die alte Klassenkampforderung durch die "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" ersetzt, als deren Erfinder China sich betrachtet.

- Verschoben haben sich die Forderungen schließlich von der bloßen nuklearen auf die allgemeine Abrüstung sowie vom generellen Verbot nuklearer Institutionen auf die Ausklammerung ziviler Nuklearforschung zu friedlichen Zwecken.

Gleichgeblieben sind andererseits

- die Forderung nach einer "Demokratisierung" der Abrüstungsberatungen: Vor allem solle die UNO-Generalversammlung - und damit die Dritte Welt - verstärkt einbezogen werden;
- und weiterhin die regionale Komponente: China fährt damit fort, "atomwaffenfreie Zonen" in den verschiedenen Teilen der Welt zu fordern, sei es nun im Indischen Ozean, im Himalaya oder in den Anden.

Trotz aller Entpolitisierung und Versachlichung der chinesischen Überlegungen hatten sich die Abrüstungsvorschläge Beijings bisher freilich immer nur an die *anderen* Atomkräfte gerichtet: Es gelte, das Nuklearmonopol einiger weniger Mächte zu brechen, hieß es. Neuerdings ist man freilich auch hier zu mehr Selbstbesinnung gekommen - und hat sich einen Schritt weiter bewegt.

In einer gekonnten Inszenierung gab Ministerpräsident Li Peng erstmals anlässlich der China-Visite seines japanischen Amtskollegen Kaifu am 10.8.1991 bekannt, daß die VR China "prinzipiell" bereit sei, dem Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaffen beizutreten. Da Kaifu der erste Regierungschef der G-7 war, der seit dem Massaker vom 4. Juni 1989 wieder chinesischen Boden betrat, sollte diese Ankündigung Signalcharakter haben und sich vor allem an die USA wenden, deren Repräsentantenhaus - im Gegensatz zum Senat - immer noch fest entschlossen ist, China den Meistbegünstigungsstatus zu entziehen (dazu Näheres C.a., Juli 1991, Ü 7). Mitglieder des Repräsentantenhauses hatten ihre Einstellung u.a. damit begründet, daß China die Länder Pakistan und

Algerien beim Bau von Atombomben unterstützte sowie M-9-Raketen an Syrien, M-11-Raketen an Pakistan und Kurzstreckenraketen vom Typ "Seidenraupe" an den Iran verkaufe. -we-

Innenpolitik

*(4)

Wie Deng Xiaoping und die alte Garde sowjetische Verhältnisse verhindern wollen

Nach einem Bericht des *Zhengming*-Korrespondenten Luo Bing soll Deng Xiaoping jüngst drei Maßnahmen gefordert haben, um eine Entwicklung wie in der Sowjetunion zu verhindern:

- 1) In den nächsten drei bis fünf Jahren muß dem Kampf gegen die "friedliche Evolution" (*heping yanbian*) außerordentliche Bedeutung beigemessen werden, da die "friedliche Evolution" die politische Hauptgefahr darstellt. Bei diesem Kampf geht es um das Schicksal von Partei und Staat sowie von Zigmillionen von Parteimitgliedern.
- 2) Aus den Erfahrungen bei der Niederschlagung der "konterrevolutionären Rebellion" (*fangeming baoluan*) müssen fortgesetzt Lehren gezogen werden, und der Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung muß fest entschlossen bis zu Ende geführt werden.
- 3) Es müssen gute Nachfolger ausgewählt werden. Auf jeden Fall muß auf allen Ebenen von Partei und Staat verhindert werden, daß Verschwörer, Karrieristen und bürgerlich-liberale Elemente Führungspositionen erklimmen.

Nach dem Scheitern des orthodoxen Putschversuches in der Sowjetunion soll Deng Xiaoping vor allem die Notwendigkeit einer 'korrekten' Regelung der Nachfolgefrage betont haben. Deng zufolge kommen für die künftigen Führungspositionen primär die Nachkommen der alten KP-Garde in Frage, die von kritischen chinesischen Intellektuellen als "Kronprinzen-Partei" (*taizi dang*) oder "Kronprinzen-Kaste" (*taizi jieceng*) bezeichnet wer-

den. Zwar sind die Söhne und Töchter, Neffen und Nichten, Schwiegersöhne und Schwiegertöchter der alten KP-Führer aufgrund ihrer privilegierten Stellung unter der Bevölkerung sehr unbeliebt, doch angesichts der Bedrohung der kommunistischen Herrschaft scheint Deng Xiaoping darauf keine Rücksicht nehmen zu wollen: "[Wir sollten uns] nicht davor fürchten, wenn die Leute von 'Kronprinzen-Partei' oder 'Kronprinzen-Kaste' daherreden... Die eigentliche Ursache, warum es in der Sowjetunion zu diesen Problemen gekommen ist, besteht doch darin, daß man nicht die richtigen Nachfolger ausgewählt hat und zuließ, daß bürgerliche Karrieristen [sic!] die politische Macht ergriffen!" (Nach Luo Bing, in *Dongxiang*, September 1991, S. 6)

Um sicherzustellen, daß sich die "Kronprinzen" fest etablieren, aber auch keine Fehler begehen oder politisch aus dem Ruder laufen, soll sich die alte Garde der über 80jährigen auch darauf geeinigt haben, die Zentrale Beraterkommission entgegen der ursprünglichen Planung über den XIV. Parteitag hinaus beizubehalten (ebenda).

Der Vorsitzende der Zentralen Beraterkommission Chen Yun (1905) soll kürzlich in einer Rede gefordert haben, daß "die alten Kader eine prominente Rolle bei der Verteidigung der Linie der Partei und der Reinheit des Marxismus spielen sollten" (nach SCMP, 5.9.91). Chen Yun hatte bereits in der Vergangenheit mehrfach verlangt, daß es den "Revolutionären der ersten Generation" erlaubt sein müsse, am politischen Entscheidungsprozeß weiterhin prominent beteiligt zu sein.

Nach dem Scheitern des orthodoxen Putschversuches in der Sowjetunion soll Chen Yun gefordert haben, daß "wir eine Lehre aus den Ereignissen in der Sowjetunion ziehen und politische Prinzipien und ideologische Reinheit bei der Auswahl von Kadern betonen... China muß verhindern, daß Rädelführer wie Jelzin nach oben kommen" (nach SCMP, 4.9.91).

Die politische Zuverlässigkeit als Kriterium für die Beförderung von Funktionären in Führungspositionen wurde auch von dem Berater der ZK-Organisationsabteilung Chen Yeping in einem längeren Artikel für die *Volkszeitung*